



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 7. Februar 2012

Bericht aus Berlin 3/2012

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

die gegenwärtigen Schlagzeilen sind durch die internationale Lage bestimmt. Das **Blutvergießen in Syrien** hat sich am Wochenende verschärft. Das brutale Vorgehen des Regimes gegen Oppositionelle wird die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen noch verstärken. Vor diesem Hintergrund ist das Scheitern der Syrien-Resolution am Veto von Russland und China im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein schwerer Rückschlag, vor allem auch, weil die Blockade sich gegen die Initiative von Akteuren aus der Region wendet und von diesen auch heftig kritisiert wurde. Wichtig ist, dass die internationale Staatengemeinschaft die Arabische Liga bei ihren Bemühungen unterstützt, die Gewalt in Syrien zu beenden und die Demokratisierung des Landes einzuleiten. Der Bundestag muss sich zur Lage in Syrien eindeutig positionieren.

Zugleich ist die **Krise im Euroraum** mit Macht auf die politische Tagesordnung zurückgekehrt. In Griechenland sind die Verhandlungen über die Zukunft des Landes in die entscheidende Phase getreten. Die Gläubiger verhandeln mit der Regierung über die Bedingungen eines Schuldenschnitts. Die Vertreter von EU, EZB und IWF - der so genannten Troika - verhandeln über die Voraussetzungen weiterer Kredithilfen, die Griechenland im März benötigt. Entscheidungen gibt es bislang nicht, so dass sich auch der Bundestag diese Woche nicht mit Griechenland befassen kann. Immer klarer wird jedoch, dass der Zusammenhalt der Eurozone auf dem Spiel steht und dass Haushaltskonsolidierung ohne Investitionen in neues Wachstum



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

nicht gelingen kann. Die Bundesregierung spricht jetzt zwar über Wachstum und Beschäftigung, hat aber nichts anzubieten, um die Abwärtsspirale aus Rezession und Verschuldung zu durchbrechen.

Bei all diesen internationalen Krisen sollten wir die Lage in Deutschland nicht aus dem Blick verlieren. Der Kälteeinbruch der letzten Tage hat bislang zwar nicht zu Stromausfällen geführt, erinnert uns aber daran, dass die Stabilität des Stromnetzes einer Belastungsprobe ausgesetzt ist. Dabei geht es um nicht weniger als das Nervensystem unserer gesamten Wirtschaft. Die Netzstabilität ist angespannt. Im vergangenen Jahr musste die Bundesnetzagentur 900 Mal eingreifen, um das Netz zu sichern. Dies ist nur ein weiterer Beleg dafür, dass die schwarz-gelbe Energiepolitik das Kunststück fertig bringt, gegen ökonomische und physikalische Gesetze zugleich zu verstoßen.

Die **Energiewende** - von SPD und Grünen gestartet - läuft seit mehr als zehn Jahren. Seit 2009 aber wird sie durch Schwarz-Gelb gefährdet. Sie bleibt das wichtigste Umbauprojekt dieses Jahrzehnts, eine Operation am offenen Herzen in einem der am dichtesten besiedelten Länder und einer der größten Volkswirtschaften weltweit. Doch sie droht am kleinkarierten Regierungschao ebenso wie an der Ignoranz von Kanzlerin Merkel zu scheitern - mit unabsehbar negativen Folgen für die Verbraucher und für die Industrie in Deutschland.

Bald ein Jahr ist seit Fukushima vergangen, und die Warnungen kommen inzwischen von allen Seiten. Der Bundesverband der Deutschen Industrie kritisiert: „Die Energiewende wird nicht durch Reden bewirkt, sondern durch Fakten, und das nimmt die Politik nicht ernst genug.“ Energieintensive Industrie wandere ab. Ebenso die Industriegewerkschaft IG BCE: „Es fehlt an allen Ecken und Enden an Koordination und Entscheidungen, es fehlt bis heute an einem stringenten politischen Management.“ Ob Versorgungssicherheit, Preise, berechenbare Bedingungen für Investitionen, Fortschritte beim Klimaschutz - das Handeln der Bundesregierung bleibe „vage, unkoordiniert und Antworten schuldig“. Schon im November 2011 hatte der deutschniederländische Netzbetreiber TenneT, der im Norden für den Anschluss der Offshore-Windanlagen verantwortlich ist, einen Hilferuf an das Kanzleramt gerichtet. Die Anbindung der Anlagen sei „in der bisherigen Form nicht länger möglich“, nötig sei ein „geordneter Offshore-Entwicklungsplan“. Verunsicherung der Investoren, Lieferschwierigkeiten bei Spezialkabeln, Probleme mit der Baugenehmigung und der Finanzierung stellen den Ausbau der wichtigsten regenerativen Energiequelle in Frage. Schleswig-Holstein hat von 700 Kilometern Netzausbau, die bis 2014 vorgesehen sind, gerade erst 30 Kilometer realisiert. Windanlagen in der Nordsee werden errichtet, aber der Abtransport des Stromes bleibt aus. Dabei hat die Bundesregierung eine Rechtsgarantie gegeben, dass der Anschluss von Offshore-Kapazitäten innerhalb von 30 Monaten erfolgt. Die Verzögerungen der Projekte belaufen sich schon auf Jahre. Versagt hat da auch die schwarz-gelbe Landesregierung in Kiel. Dringend erforderliche Genehmigungen wurden nicht bearbeitet, weil die Behörden nicht handlungsfähig waren.

Hier zeigt sich nicht nur, wie schwer das politische Versäumnis Merkels wiegt, den Netzausbau in einer deutschen Netz AG zu bündeln, die wir noch vor dem Verkauf der Energienetze



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

gefordert haben. Was Schwarz-Gelb und das Kanzleramt offenbar zu keinem Zeitpunkt verstanden haben: Für den Umbau der Energiebasis reicht es nicht, Atomkraftwerke abzuschalten und ein paar Gipfel und Kommissionen mit schönen Reden zu inszenieren. Die Sachverständigen-Kommission wurde von Merkel als Feigenblatt missbraucht. Gerade auf die zentrale Forderung eines Monitoring der Energiewende konnte man sich nicht einigen. Das Ausbleiben einer fortlaufenden konzentrierten Steuerung ist der Kardinalfehler. Ein Anachronismus ist die Aufspaltung der Zuständigkeiten für erneuerbare und konventionelle Energien. Wir brauchen die politische Kompetenz für Energiepolitik und Netzausbau in einer Hand. Es ist nichts als Eitelkeit, wenn der Bundesumweltminister und der Bundeswirtschaftsminister die Vertreter der Wirtschaft gesondert einladen und es monatelang nicht schaffen, aus den Gesprächen gemeinsame Schlüsse zu ziehen. Das Kanzleramt wiederum verweigert die Entscheidungsfindung, für die es da ist. Diese Hühnerhofmentalität der Kompetenzstreiterei sabotiert die Energiewende.

Für Verbraucher, die auf den Euro achten müssen, aber auch für die sensiblen Industrien, die weder Preisschocks noch Schwankungen im Netz vertragen, brauchen wir unverzüglich eine politische Initiative zur Stabilisierung des Versorgungssystems. Wichtig ist nicht nur die Summe installierter Kapazitäten zur Stromerzeugung. Was wirklich zählt, ist die zu jedem Zeitpunkt bei den Verbrauchern verfügbare Leistung. Im vergangenen Jahr wurde kein einziger moderner Kraftwerksneubau begonnen. Andererseits stößt die Förderung der Installation von Photovoltaik, von der deutsche Solarhersteller immer weniger profitieren, erkennbar an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit. Das EEG war richtig und ist ein Katalysator der Energiewende. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir es innovativ weiterentwickeln müssen. Der Zubau der erneuerbaren Energien muss mit der Aufnahmefähigkeit des Stromnetzes synchronisiert werden.

Illusionär ist die Annahme, die Energiewende sei allein durch den Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen. Die Bundesregierung aber unterschätzt die Chance und das große Potenzial der Energieeffizienz. Hier aber geht es gerade um die Wertschöpfung in Deutschland, um Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes, um die Zukunft unserer Industrie, um Arbeitsplätze in Mittelstand und Handwerk, in der Klima- und Heiztechnik. Hier fehlen die entscheidenden Investitionsimpulse.

Die Energiewende wird in dieser Woche Thema einer Aktuellen Stunde im Bundestag. Energiepolitik ist eine zentrale Säule der industriellen Modernisierung. Wir verbinden diese Debatte deshalb mit unserer **Initiative für eine moderne Industriepolitik**, die wir in das Parlament einbringen. Innovation, Forschung und Entwicklung, Umsetzung in Produktion - das ist die Qualität der Wertschöpfung, die eine gesunde Wirtschaft ausmacht. Industriepolitik aber war das Unwort eines ganzen Jahrzehnts. Die Dominanz marktradikaler Irrlehren hat in vielen Teilen Europas zu einer Deindustrialisierung geführt, die mit dem Verlust von hochwertigen Arbeitsplätzen und von Wettbewerbsfähigkeit einher ging und die Handelsbilanzen in Schieflage brachte. Die Sozialdemokratie hat sich diesem Trend widersetzt, und es ist kein Zufall, sondern Ergebnis vieler Jahre gezielter Industriepolitik, dass Deutschland besser als andere Länder durch die Finanzmarktkrise gekommen ist. Daraus müssen wir die Lehren ziehen: Wir brauchen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

für Deutschland, aber auch für Europa eine Weichenstellung Richtung Realwirtschaft und ein groß angelegtes industrielles Erneuerungsprogramm. Finanztransaktionen sind zu besteuern, um mit den Einnahmen in reale Wertschöpfung zu investieren.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Industrie modernisieren – Weichen Richtung Realwirtschaft stellen

Der industrielle Sektor ist ein Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Auch in Zukunft brauchen wir eine starke Industrie als Basis für eine wissensintensive und wettbewerbsfähige Volkswirtschaft. Jetzt müssen die Weichen Richtung Realwirtschaft gestellt werden - auch um die Krise in Europa zu bewältigen. Ein „Industrielles Erneuerungsprogramm“ für Europa soll sowohl in die industrielle Modernisierung als auch in Forschung und Entwicklung investieren. In Deutschland brauchen wir eine Industriepolitik, die zukunftsorientiert und nachhaltig ist. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, einen gesellschaftlichen Konsens für die Modernisierung und den Ausbau der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur herbei zu führen, denn sie bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung der Industrie. Außerdem bedarf es einer aktiven Industriepolitik für Vollbeschäftigung. Die Leitbilder der „Guten Arbeit“, einer starken Sozialpartnerschaft und kooperativer Unternehmensführung sind dabei maßgeblich. Darüber hinaus ist eine Allianz von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik gegen den Fachkräftemangel vonnöten. Das Potenzial von Erwerbsspersonen muss mithilfe einer Bildungs- und Qualifikationsoffensive und gezielter Einwanderung gesichert werden. Durch zielgerichtete Innovationspolitik soll die technologische Leistungsfähigkeit der Industrie gestärkt werden. Bestehende und neue Industrien müssen sich effizient miteinander vernetzen. Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung sollen sich in Innovationsbündnissen zusammenschließen. Mit einem Masterplan für die Energiewende muss für eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung der Industrie gesorgt werden. Ressourceneffizienz und Energieproduktivität sind zu steigern. Schließlich fordern wir die Bundesregierung auf, Industriepolitik ressortübergreifend zu koordinieren. Zentrale industriepolitische Kompetenzen müssen in einem Ministerium gebündelt werden. Die Forschungs- und die Förderpolitik sind besser zu koordinieren. Auch auf europäischer Ebene bedarf es eines integrierten, branchenübergreifenden Ansatzes: Industriepolitik muss wieder ins Zentrum europäischer Politik rücken.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Arbeitslosenversicherung weiterentwickeln

Die Arbeitslosenversicherung bietet immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Schutz. Viele haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, da sie in einem Zeitraum von zwei Jahren weniger als 12 Monate versicherungspflichtig beschäftigt waren. Ein Viertel der Arbeitslosen erhält daher kein Arbeitslosengeld I, sondern staatliche Grundsicherung. Dies betrifft vor allem Personen mit instabilen Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeiter und Saisonarbeiter sowie befristet Beschäftigte und gering Qualifizierte. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Rahmenfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld I von zwei auf drei Jahre zu verlängern. Kurz befristet Beschäftigte sollen Anspruch auf Arbeitslosengeld I von mindestens drei Monaten haben, wenn sie sechs Monate Beiträge gezahlt haben. Die Auswirkungen dieser Regelungen sollen wissenschaftlich begleitet werden.

Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen

Fünzig Jahre nach dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen ist es Zeit für ein Signal an alle in Deutschland lebenden Migranten. Sie sind Teil der Gesellschaft geworden und haben Kultur, Politik und Alltag geprägt. Zudem haben sie entscheidend zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands beigetragen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, das Optionsmodell abzuschaffen. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollen die deutsche sowie die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern erwerben und behalten können. Eingebürgerte müssen ihre alte Staatsangehörigkeit behalten dürfen. Zudem sind die Voraussetzungen für die Einbürgerung zu erleichtern. Voraufenthaltszeiten sollen verkürzt und Duldungszeiten angerechnet werden. Besondere Integrationsleistungen müssen honoriert und neben Ehegatten auch die Lebenspartner Eingebürgerter privilegiert werden.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Atommüllfässer zurückholen

Das ehemalige Bergwerk Asse II erfüllt nicht die Anforderungen an ein Endlager für radioaktive Abfälle. Daher hat die Bundesregierung das Bundesamt für Strahlenschutz mit seiner Schließung beauftragt. Die Rückholung der Abfälle verzögert sich nun, obwohl die Zeit drängt. Denn das Bergwerk ist in einem schlechten baulichen Zustand. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, eine „Task-Force“ einzurichten. Sie soll aus dem Bundesumweltminister, dem niedersächsischen Umweltminister, dem Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, dem Landrat sowie einem Vertreter der Bürgerinitiative bestehen. Die „Task-Force“ hat das Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und die Standsicherheit des Bergwerks sowie die Rückholung der radioaktiven Abfälle zu klären. Zudem muss geprüft werden, ob das Atomgesetz zur Gefahrenabwehr heran gezogen werden kann.

Bologna Prozess sozialer gestalten

Die soziale Dimension des Bologna-Prozesses ist bisher nur unzureichend verwirklicht worden. Dabei hängt der Studienerfolg auch von den Rahmenbedingungen des Studiums ab. Doch die soziale Infrastruktur deutscher Universitäten ist der wachsenden Zahl der Studierenden nicht gewachsen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, gemeinsam mit den Ländern die soziale Infrastruktur weiter zu entwickeln. Dafür muss das Kooperationsverbot gesetzlich aufgehoben werden. Zusätzliche Finanzmittel für Bildungsinvestitionen werden benötigt. Ergänzend zum Hochschulpakt sollen Bund und Länder einen Hochschulsozialpakt schließen. Darin soll der Ausbau von bezahlbarem Wohnraum um 25.000 Plätze fest gelegt werden. Gemeinsam mit den Studentenwerken ist darauf hinzuwirken, dass Studienberatung und -betreuung verbessert, Hochschulgastronomie und -kinderbetreuung ausgebaut und Lernbedingungen für Menschen mit Behinderung weiter entwickelt werden.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mittelmeerpolitik erneuern

Die Umbrüche in Nordafrika erfordern eine grundlegende Neugestaltung der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik. Die Region braucht einen Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für eine erneuerte Zusammenarbeit mit den südlichen Mittelmeerstaaten einzusetzen. Ein regionaler EU-Entwicklungsfonds soll aufgebaut und Handelshemmnisse müssen abgebaut werden. Bei den erneuerbaren Energien sollen Europa und der Mittelmeerraum stärker kooperieren. Bei bilateralen Verträgen muss die EU auf die Einhaltung von Demokratie- und Menschenrechten achten. Der Aufbau der Zivilgesellschaft ist zu unterstützen und die Mittel für regionale Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen müssen aufgestockt werden. Bildungsmigration nach Europa und Deutschland soll erleichtert und die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verstärkt werden. Bei Asyl- und Flüchtlingsfragen ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe das Ziel. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Europa muss es eine faire Teilung der Verantwortung zwischen den EU-Staaten geben.



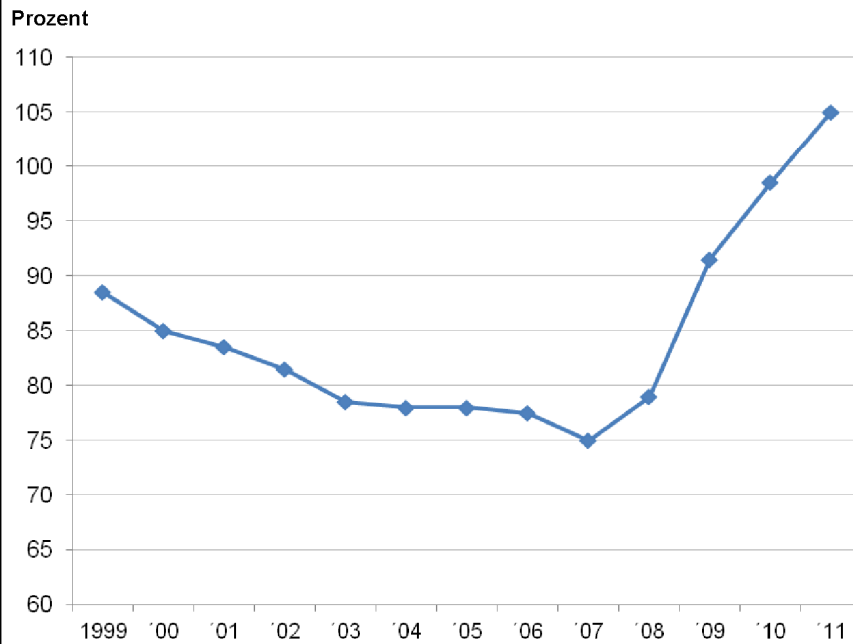
Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

III. Grafiken

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Schuldentreiber Finanzmarktkrise

Durchschnittliche Schuldenquote (Verschuldung im Verhältnis zum BIP) von Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien.



Quelle: IWF

Wer ist schuld an der Finanzkrise Europas? Im Kern der Krise liegt nicht – wie Merkel glauben machen will – unverantwortliche staatliche Haushaltspolitik. **Es ist die Finanzmarktkrise seit 2008, die zum Treiber der Staatsverschuldung geworden ist und Europa zu spalten droht.** Die durchschnittliche Verschuldung der europäischen Krisenländer im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftsleistung (BIP) war seit 1999 rückläufig. Erst seit 2008 steigt die Schuldenquote rapide an. Bankenrettung, Konjunkturerinbrüche mit hochschießenden Sozialausgaben und wegbrechenden Steuereinnahmen sind die Ursache. Krisenbewältigung erfordert Finanzmarktregulierung.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

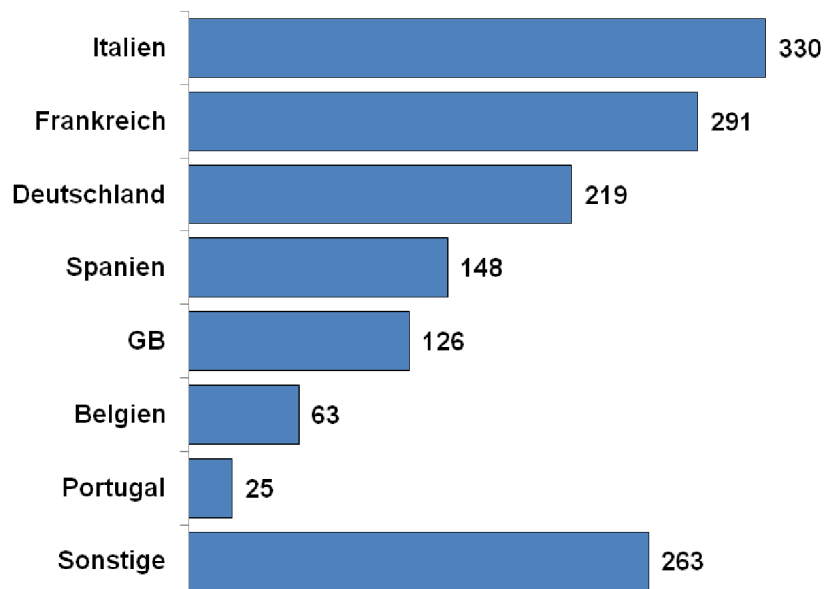


Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Europas Finanzrisiko

Refinanzierungsbedarf in Europa 2012 in Mrd. €*



*nur Staatsanleihen
Quelle: FTD / Dealogic

Die Vertrauenskrise in Europa ist ganz wesentlich eine Finanzierungskrise. Ein Schock aus einseitigen Haushaltskürzungen, Rezession im Euroraum und steigender Verschuldung lässt den Hilfsbedarf der Krisenländer aus dem Ruder laufen. Das größte Refinanzierungsrisiko trägt Italien. Es muss in diesem Jahr Staatsanleihen im Wert von 330 Mrd. Euro platzieren. Gerät mit Italien die drittgrößte oder mit Frankreich die zweitgrößte europäische Volkswirtschaft in den Strudel einer Rezessions-Schulden-Spirale kann der Euro zerbrechen. Die Gefahr der Spaltung Europas ist real.

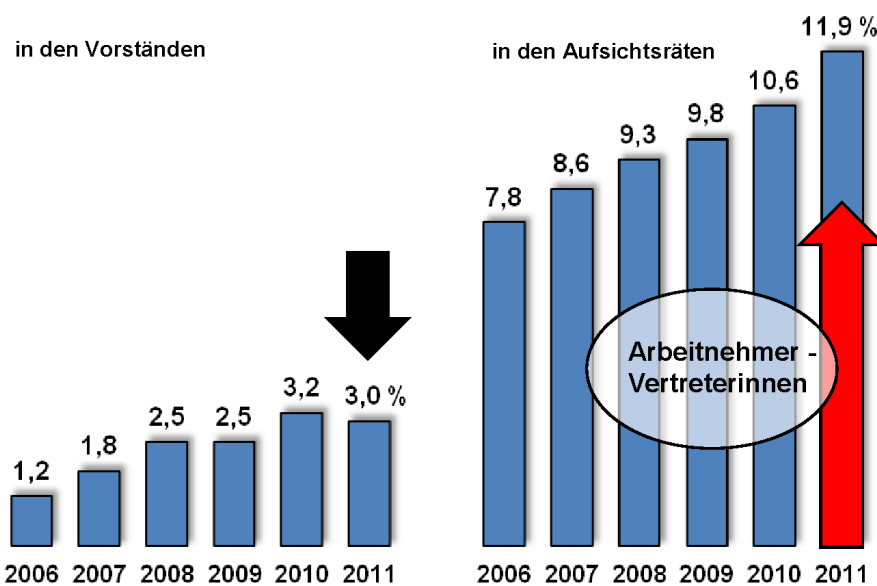


Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Kaum Fortschritt für Frauen

Anteil der Frauen in den 200 größten Unternehmen* Deutschlands:



Quelle: DIW Berlin

*ohne Finanzsektor

Kaum Fortschritt für Frauen in Führungspositionen: Seit 2009 ist die Zahl der weiblichen Vorstandsmitglieder in den 200 größten deutschen Unternehmen lediglich von 2,5 auf 3,0 Prozent gestiegen – von 2010 auf 2011 war der Anteil sogar wieder rückläufig. In den Aufsichtsräten stieg zwar der Anteil der Frauen von 9,8 auf 11,9 Prozent. Allerdings sind mehr als zwei Drittel davon Vertreterinnen der Arbeitnehmer, kamen also über Mitbestimmungsregeln in das Gremium. Öffentlich wahrgenommen werden vor allem die Topmanager der 30 Dax-Unternehmen. 2011 wurden vier Frauen in Dax-Vorstände berufen, eine schied aus. Ende 2011 gab es damit sieben weibliche Dax-Vorstände und einen Frauenanteil von nur 3,7 Prozent. Wir fordern eine gesetzliche Frauenquote für Vorstände. Schwarz-Gelb aber weigert sich zu handeln. Streit und Schaukämpfe zwischen den Ministerinnen von der Leyen und Schröder bringen den Frauen nichts.